

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der [Hinweise des Tages](#) anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Womit hat Ex-Doppelagent Skripal sein Geld verdient?](#)
2. [Propaganda in der Wikipedia](#)
3. [Die Eliteangehörigen gehören zu den Gewinnern der gesellschaftlichen Spaltung](#)
4. [Bafin-Chef prangert zu laxer Kreditvergabe an - und warnt vor einem „perfekten Sturm“](#)
5. [Rentenversicherung widerspricht Rürup](#)
6. [Der Ork in deinem Kopf](#)
7. [Mit einer koordinierten Aktion soll Russland an den Pranger gestellt werden](#)
8. [„Es geht um die Aufrechterhaltung eines ideologischen Feindbildes“](#)
9. [Raus aus der Braunzone!](#)
10. [Fördergelder für Exzellenzuniversitäten: „Die üblichen Verdächtigen, die immer gewinnen“](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Womit hat Ex-Doppelagent Skripal sein Geld verdient?**

Der mit seiner Tochter weiter von der Öffentlichkeit ausgesperrte Agent hat weiter mit Geheimdiensten kooperiert, offenbar auch gegen russische Kriminelle etwa in Spanien. [...]

Sergei Skripal hatte dem britischen Geheimdienst Informationen über seine Kollegen vermittelt, also über andere Geheimdienstmitarbeiter, angeblich einige hundert. Ob er das aus Idealismus machte, ist schwer zu sagen, auf jeden Fall dürfte das Geld, das er fürs Spionieren erhielt, eine wichtige Rolle gespielt haben. Schon vor seiner Rolle als Doppelagent war er Geschäftlichem nicht abgeneigt. In Spanien, wo er bei der

russischen Botschaft als Militärattaché arbeitete, hatte er einen Spanier kennengelernt, mit dem er im Geheimen einen Weinimport startete. [...] Wie schon andere Medien berichtet hatten, scheint Skripal weiter tätig und viel herumgereist zu sein. Vermutlich in Absprache mit dem britischen Geheimdienst soll er anderen europäischen Geheimdiensten etwa in Estland, Spanien oder der Tschechischen Republik Informationen über den russischen Geheimdienst vermittelt haben. Wenn das zutrifft, war vermutlich auch Geld im Spiel. Oft soll er auch weiterhin in Spanien gewesen und sich dort mit Mitarbeitern des spanischen Geheimdienstes CNI getroffen haben. Angeblich soll er dort mitgeholfen haben, gegen russische Kriminelle vorzugehen. Auch Litvinenko soll mit dem spanischen Geheimdienst gegen organisierte Kriminalität von Russen kooperiert haben. Damit wäre man nicht nur bei russischen Geheimdiensten, sondern auch bei russischen Mafia-Organisationen oder aus Russland geflohenen Reichen/Oligarchen, die sich gerne in Großbritannien oder Spanien ansiedelten.

Quelle: [Telepolis](#)

Anmerkung Jens Berger: *Florian Rötzer stellt die richtigen Fragen und kommt zu interessanten Antworten. Warum findet man eigentlich solche guten Artikel nicht in den klassischen Medien? Beim SPIEGEL veröffentlichte in dieser Woche ein siebenköpfiges(!) Redaktionsteam eine „investigative Reportage“ über eine angebliche Vergewaltigung durch den Fußballer Ronaldo in Las Vegas aus dem Jahr 2009. So unterschiedlich können die Vorstellungen von gutem Journalismus sein.*

2. Propaganda in der Wikipedia

Die Online-Enzyklopädie Wikipedia ist ein integraler Bestandteil des transatlantischen Medien- und Informationssystems. In der folgenden Analyse werden zentrale Aspekte ihrer Organisationsstruktur, Funktionsweise und Manipulation dargestellt. [...]

Das Problem der Manipulation der Wikipedia besteht seit deren Gründung. Der Fokus liegt dabei meist auf dem sogenannten »Vandalismus« (Verunstaltung von Artikeln) sowie auf kommerziell motivierter Manipulation durch Konzerne, PR-Agenturen und bezahlte Autoren.

Verbreitet ist aber auch die politische und geopolitische Manipulation durch Aktivisten, Regierungen und Geheimdienste: So wurde bereits 2007 durch den sogenannten WikiScanner nachgewiesen, dass Mitarbeiter der US-Geheimdienste CIA und FBI Wikipedia-Einträge beispielsweise zum Irak-Krieg und dem US-Militärgefängnis in Guantanamo editierten.

Inzwischen ist indes offenkundig, dass die Manipulation der Wikipedia insbesondere bei geopolitischen und einigen gesellschaftspolitischen Themen nicht mehr nur

vereinzelt und »von außen« geschieht, sondern systematisch und »von innen«: Verschiedene Einflussgruppen haben ihre Akteure in der Hierarchie der Wikipedia als Sichter und Administratoren platziert und können dadurch relevante Artikel gezielt bearbeiten, unerwünschte Bearbeitungen entfernen und unerwünschte Autoren sperren.

Zahlreiche Wikipedianer beklagen denn auch ein aggressives und frustrierendes Klima innerhalb der Wikipedia; die Anzahl der aktiven Autoren ist seit Jahren rückläufig, wodurch sich politisch oder ideologisch motivierte Akteure zunehmend etablieren und die »freie Enzyklopädie« übernehmen konnten.

Quelle: [Swiss Propaganda Research](#)

3. **Die Eliteangehörigen gehören zu den Gewinnern der gesellschaftlichen Spaltung**

In seinem Buch Die Abgehobenen analysiert der Soziologe Michael Hartmann die Beschaffenheit und Strukturen der gesellschaftlichen Elite und schildert wie deren Ideologie und Anschauung den politischen und öffentlichen Diskurs durchdringt. Herr Hartmann, wie tickt denn unsere "Elite", ist sie eher dämlich oder eher geisteskrank? Michael Hartmann: Weder noch. Solche Kategorien sind so gut wie immer ungeeignet, um Denken und Handeln von Eliten zu bewerten und zu kritisieren. Selbst in extremen Fällen wie bei Donald Trump führen sie zu nichts. Trump dürfte keine intellektuelle Leuchte und zudem ausgesprochen narzisstisch sein, letzteres vermutlich aber auch nicht sehr viel mehr als sein vielgelobter französischer Kollege Macron. Er ist aber kein politischer Idiot.

Er macht eine aus seiner Sicht und auch aus der seiner meisten Wähler sehr zweckmäßige Politik. Daran ändern noch so viele Enthüllungsbücher und -artikel nichts, wenn sie sich, wie bisher, nur auf die persönlichen Macken des Präsidenten konzentrieren statt auf die sozialen Auswirkungen seiner Politik.

Um Eliten wirksam kritisieren zu können, muss man sich immer an den alten Satz halten: "An ihren Taten sollt ihr sie messen." Welche Konsequenzen hat ihr Vorgehen für die Masse der Bevölkerung? Das ist der richtige Maßstab.

Aus welchen Leuten setzt sie sich zusammen?

Michael Hartmann: Sie besteht aus den Personen, die in den wichtigen gesellschaftlichen Bereichen die zentralen Machtpositionen bekleiden. In den meisten Fällen sind sie wie Regierungsmitglieder, hohe Verwaltungsbeamte, Bundesrichter, Chefredakteure oder Topmanager durch Wahl oder Ernennung in das Spitzenamt gelangt. Manchmal verfügen sie aber auch über die entsprechende Macht, weil ihnen große Unternehmen gehören oder Teile davon wie etwa den Quandt-Erben bei BMW oder den Familien Porsche und Piech bei VW. Für die Bundesrepublik sind das insgesamt um die 4.000 Personen.

Was ist ihr ideologischer Konsens?

Die überwiegende Mehrheit hängt im Kern nach wie vor der neoliberalen Ideologie von der überlegenen Effizienz der Märkte an. Als Hauptgrund für die Finanzmarktkrise von 2008 wird von ihnen deshalb die Staatsverschuldung angesehen und nicht die Deregulierung des Finanzsektors.

Das war bereits wenige Jahre nach der Finanzkrise so. Das zeigt unsere Elitestudie von 2012, in deren Rahmen die Inhaber der 1000 wichtigsten Machtpositionen Deutschlands befragt wurden. Schon damals sah nicht einmal jeder fünfte die Deregulierung als entscheidende Ursache der Krise an.

Für die große Mehrheit der Eliten ist aus demselben Grund auch die Schrödersche Agenda-Politik immer noch ebenso unumstritten wie das brachiale Vorgehen gegenüber Griechenland in der Euro-Krise. Von diesem Grundkonsens weichen bislang nur wenige Elitemitglieder ab.

Quelle: [Telepolis](#)

4. **Bafin-Chef prangert zu laxer Kreditvergabe an - und warnt vor einem „perfekten Sturm“**

Die laxer Kreditvergabe deutscher Banken bereitet Felix Hufeld Sorgen. In einem Abschwung mit mehr Firmenpleiten droht den Instituten ein böses Ende.

Die Commerzbank ist nach deutlichen Kursverlusten aus dem Leitindex Dax geflogen, die Deutsche Bank aus dem Euro Stoxx 50. Und auch viele andere Geldhäuser tun sich schwer, nachhaltige Gewinne einzufahren. Felix Hufeld, der Chef der deutschen Finanzaufsicht Bafin, ist deshalb besorgt. Denn wenn es nach Jahren des Booms zu einem Wirtschaftsabschwung kommen sollte, droht vielen Banken ein böses Ende. „Eine konjunkturelle Schönwetterperiode, wie wir sie aktuell erleben, ist nicht der Normalfall. Das sollten die Banken auch bei der Kreditvergabe berücksichtigen“, sagte Hufeld in einem Interview mit dem Handelsblatt.

Bauchschmerzen bereitet dem obersten Finanzaufseher vor allem, dass zahlreiche Banken ihr Kreditgeschäft derzeit aggressiv ausweiten und dabei zum Teil ihre Vergabestandards lockern. „Eine zu laxer Kreditvergabe kann in der Zukunft zu großen Problemen führen“, warnte Hufeld. „Falls dann parallel noch weitere Risikofaktoren hinzukommen, etwa geopolitische Risiken oder ein Einbruch der Konjunktur und bei den Immobilienpreisen, könnte ein perfekter Sturm drohen.“

Aktuell gebe das Kreditwachstum am Immobilienmarkt noch keinen Anlass zu akuter Sorge. „Aber die Immobilienpreisentwicklung ist beunruhigend“, so Hufeld. „Wenn die Preise so weiter steigen und sich auch in ein Übermaß an Kreditwachstum übersetzen würden, könnten wir aktiv werden“, warnte der Bafin-Präsident. So könne die Bafin in einem ersten Schritt von den Instituten „detailliertere Informationen einholen“.

Außerdem könne die Behörde notfalls auch Extra-Kapitalpuffer für Immobilienkredite

verlangen.

Quelle: [Handelsblatt](#)

5. **Rentenversicherung widerspricht Rürup**

Freiwillige Beitragszahlungen an die Rentenkassen untergraben nicht die Solidität der Rentenversicherung.

Mit einem bemerkenswerten Leserbrief hat die Deutsche Rentenversicherung (DRV) jetzt auf einen in der vergangenen Woche erschienenen Beitrag des Wirtschaftswissenschaftlers und ehemaligen Vorsitzenden der fünf Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, im "Handelsblatt" reagiert. Der von Rürup erhobene Vorwurf, mit freiwilligen Beitragszahlungen an die Rentenversicherung lasse man sich auf ein betrügerisches Schneeballsystem ("Ponzi-System") ein, sei "falsch und unredlich", heißt es in dem Brief der Rentenversicherung. In einem Ponzi-Spiel beruhe die Rendite aus den Beiträgen zusätzlicher Mitspieler, "während die Rendite der Rentenversicherung auf dem Lohnwachstum u.a. aufgrund von Produktivitätsfortschritten basiert".

Rürup hatte in seinem Beitrag Forderungen von Politikern widersprochen, die seit 2017 ausgeweitete Möglichkeit von freiwilligen Beitragszahlungen an die Rentenversicherung noch stärker auszudehnen. Da in einer umlagefinanzierten Sozialversicherung alle Pflicht- und freiwilligen Beiträge der Finanzierung der laufenden Leistungen dienten, würden freiwillige Beiträge das System "destabilisieren", warnte Rürup. Seine Begründung: Es sei nicht sichergestellt, "dass sich auch in der Zukunft genügend freiwillige Einzahler finden, damit in der Vergangenheit mit freiwilligen Beiträgen erworbene Ansprüche bedient werden können". Zudem sei der aktuelle Rendite-Vorsprung der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber sicheren Kapitalanlageformen wegen der zunehmenden Bevölkerungsalterung und der künftig wieder steigenden Zinsen "flüchtig", so Rürup.

Quelle: [Ihre Vorsorge](#)

6. **Der Ork in deinem Kopf**

Dabei liegt es eigentlich auf der Hand: Es gibt Ostdeutsche, die Hartz IV beziehen und Rassisten sind. Es gibt auch Ostdeutsche aus der Mittelklasse, die Rassisten sind. Und es gibt Ostdeutsche, die sehr viel Geld haben und Rassisten sind. Empirische Belege dafür, dass im Osten die Rassisten eine Mehrheit stellen und das Problem vorrangig eines der sogenannten Unterschicht ist, gibt es nicht.

Ausgerechnet die unteren Klassen zu Prototypen des hässlichen Deutschen zu machen, verharmlost das gesellschaftliche Problem des Rassismus - und es verstärkt bestehende Diskriminierungsstrukturen. Mittlerweile gibt es Sprachtherapeuten, die Arbeitnehmern auf Wunsch ihres Arbeitgebers den sächsischen Akzent abtrainieren.

Offenbar fürchten Unternehmer, ihr Geschäft könne darunter leiden, wenn sie Menschen beschäftigen, die ihre sächsischen Wurzeln nicht verbergen. Studien belegen, dass Kinder mit Namen wie Kevin oder Mandy viele Nachteile in Schule und Beruf erfahren, weil ihnen die Zugehörigkeit zur unteren Klasse und eine Herkunft aus Ostdeutschland zugeschrieben wird.

Wer Rassismus vor allem als individuellen Bildungs- und Charaktermangel begreift, bedient ein entpolitisiertes Verständnis des Rechtsrucks. Der Abbau des Sozialstaats, die Aushöhlung von Bürgerrechten oder die Verschärfung des Asylrechts erscheinen dann als Begleitumstände, die einen rassistischen Mob ruhig stellen sollen. Als entwickle sich der Rassismus des „Pöbels“ im luftleeren Raum, und die Politik reagiere lediglich darauf. Wer also das Bild vom hässlichen Nazi-Proll aus dem Osten kultiviert, arbeitet sich an Vorurteilen ab, anstatt sich zu fragen, wer und was sie hervorbringt.

Quelle: [der Freitag](#)

7. **Mit einer koordinierten Aktion soll Russland an den Pranger gestellt werden**

Die USA, Großbritannien und die Niederlande haben eine Kampagne gegen die Cyberaktionen des russischen Geheimdienstes GRU gestartet [...]

In einem koordinierten Vorgehen mit Großbritannien und den USA wird von der niederländischen Regierung die britische Regierung unterstützt, nach der GRU-Cyberoperationen wie die in den Niederlanden das internationale Recht unterhöhlen. Der niederländische Regierungschef Rutte veröffentlichte als Zeichen der Verbundenheit eine gemeinsame Erklärung mit der britischen Premierministerin May, die weiterhin, wie gerade der Parteitag der Tories gezeigt hatte, weiterhin kurz vor dem Sturz steht und wahrscheinlich auch deswegen dankbar für einen äußeren Feind ist. In der Erklärung wurde auch die Verwendung des Nervengifts in Salisbury erwähnt.

Am Donnerstag hatte der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson bei einem Nato-Treffen in Brüssel den russischen Geheimdienst GRU beschuldigt, "rücksichtslose und wahllose Cyberangriffe" auszuführen, beispielsweise Störungen des U-Bahn-Systems in Kiew oder der Diebstahl der medizinischen Daten von Sportlern oder der DNC-E-mails. Man werde die Aktionen öffentlich machen, verkündete Williamson, um Russland von solch einem Handeln in Zukunft abzuhalten. Und in einem Statement von Williamson heißt es: "Wir können nicht länger zulassen, dass der GRU aggressiv in der ganzen Welt tätig ist, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden."

Überdies kam die Veröffentlichung gleichzeitig mit der Bekanntgabe, dass das US-Justizministerium Anklage gegen sieben russische Agenten erhoben hat.

Quelle: [Telepolis](#)

8. **„Es geht um die Aufrechterhaltung eines ideologischen Feindbildes“**

Der Iran habe sich an das Atomabkommen gehalten, so der Nahost-Experte Michael Lüders im Dlf. Trotzdem versuche Israel, das Land als Bedrohung darzustellen - mit fragwürdigen Fakten. Im Kern gehe es darum, ein ideologisches Feindbild zu schaffen und gegebenenfalls auch militärisch gegen den Iran vorzugehen. [...]

Müller: Herr Lüders, will der Iran nach wie vor Israel vernichten?

Lüders: Nein, das will er nicht, und es gab ja nicht ohne Grund zwölfjährige Verhandlungen mit dem Iran über ein Atomabkommen, das dann im Juli 2015 auch geschlossen worden ist. Seither wird dieses Atomabkommen von der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien überwacht. Insgesamt zwölf Berichte liegen mittlerweile vor über die Frage, ob der Iran alle Vereinbarungen eingehalten habe, die getroffen worden sind im Rahmen dieses Abkommens. Und die Antwort lautet ganz eindeutig: Ja! Der Iran hat sich an alle Verpflichtungen gehalten. Nichts desto trotz haben die USA wie bekannt im Mai dieses Abkommen aufgekündigt.

Müller: Aber ich muss da noch mal nachfragen, um das klar einzuordnen. Sie sagen, die Aggression Irans gegenüber Israel ist ad acta gelegt?

Lüders: Ich weiß nicht, ob man das so verallgemeinernd formulieren kann. Wir haben ein Regime, in dem es Hardliner gibt, und dieses Phänomen der Hardliner ist natürlich kein iranisches Privileg. Die denken möglicherweise in maximalen Kategorien. Aber wenn man die Politik des Irans nüchtern betrachtet und sich anschaut, wie pragmatisch sich der Iran verhalten hat gegenüber den Ländern in der Region im Zuge des Atomabkommens, aber auch mit Blick auf vergangene Begegnungen, die bei uns in der breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt sind - zum Beispiel hat der damalige iranische Präsident Khatami schon im Jahr 2003 den USA und Israel angeboten, in breitem Umfang miteinander zu reden, die Beziehungen zu normalisieren, und die iranischen Angebote beinhalteten damals auch, die Unterstellung für die in Israel als gefährlich angesehene Schiiten-Miliz Hisbollah im Südlibanon einzustellen, und die Antwort der damaligen Regierung George W. Bush war, wir sind nicht interessiert. Man muss auch das wissen.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

9. **Raus aus der Braunzone!**

Der Hambacher Forst und Chemnitz liegen meilenweit auseinander. Unser Autor warnt davor, politische Strömungen von rechts- und linksaußen gleichzusetzen. Die Extremismustheorie diffamiere die antikapitalistische Linke und verharmlose rassistische Gewalt.

Bei der Räumung des Hambacher Forstes für den Braunkohleabbau durch den Energiekonzern RWE wurden mehrere Tausend Polizisten gegen Umweltaktivisten und sich wehrende Baumhaus-Bewohner eingesetzt, während die Staatsmacht bei den Hetzjagden am Rande der Demonstration von Rassisten, Rechtsextremisten und

Neonazis in Chemnitz am 27. August in Unterzahl und weitgehend untätig blieb. Gleichwohl klagte die stellvertretende Chemnitzer SPD-Vorsitzende Sabine Sieble im "Vorwärts" mit Blick auf den Protestzug unter dem Motto "Herz statt Hetze" am 1. September über den "fröhlich-unbedarften Demotourismus" auswärtiger Teilnehmer und die "militante Antifa", um abschließend zu bemerken: "Wir müssen als Sozialdemokraten mit klarer Haltung und wahrhaftig für unsere Demokratie und ihre Werte einstehen und dürfen im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht den Falschen die Hand reichen, allein weil es 'gegen rechts' geht. Dann sind wir auch überzeugend(er) für die Mehrheit, die jetzt oftmals noch schweigt und die wir so dringend brauchen." [...]

Antisemitismus in den eigenen Reihen wird für die Mehrheitsgesellschaft erträglicher, wenn er nicht bloß Rechtsextremisten, sondern auch der Labour Party unter Jeremy Corbyn und Muslimen im eigenen Land angelastet werden kann. So behauptete der junge CDU-Bundestagsabgeordnete Paul Ziemiak in der Sendung "Anne Will" am 16. September, dass sich "alle Extreme" im Antisemitismus einig seien, der bei Rechtsradikalen, Linksradiakalen und Islamisten gleichermaßen auftrete. Als der frühere Spiegel-Chefredakteur Georg Mascolo das Signum des gegenwärtigen Zeitalters im "Toben der Extreme" sah und die AfD mit den in der Bedeutungslosigkeit versunkenen Republikanern verglich, war das Thema "Die Demokratie gemeinsam retten" endgültig durch.

Quelle: [Christoph Butterwegge auf Kontext: Wochenzeitung](#)

10. **Fördergelder für Exzellenzuniversitäten: „Die üblichen Verdächtigen, die immer gewinnen“**

Der Elitenforscher Michael Hartmann sieht die Förderung der Exzellenzuniversitäten kritisch. Er befürchte eine Spaltung der Hochschullandschaft, sagte Hartmann im Dlf. Einen Wettbewerb gebe es im Grunde nicht. Es gebe einige Gründe, warum die es bei der Exzellenzstrategie mehr Verlierer als Gewinner gebe. [...]

Gebert: Einer Ihrer Hauptkritikpunkte ist, dass die Förderung die Hochschullandschaft spaltet. Hat sich diese Analyse von Ihnen mit der Entscheidung fortgesetzt?

Hartmann: Ja. Also, wenn man sich anguckt, welche Hochschulen gewinnen, das meinte ich mit den üblichen Verdächtigen, das sind eigentlich immer dieselben. Und das gilt ja nicht nur für Universitäten, das gilt ja auch für die Fächer. Also, wenn Sie sich angucken, Geistes- und Sozialwissenschaften, die haben jetzt, glaube ich, zehn von 57 Clustern, das ist auch immer dasselbe. Das ist ungefähr ein Sechstel, was auf diese Fächer entfällt, sodass man sagen kann: Generell ist es, sowohl, was die Unis, als auch, was die Fächer angeht, die Hierarchie, die durch die Exzellenzinitiative verstärkt worden ist, das ist von Runde zu Runde bestätigt worden.

Gebert: Das heißt, der Wettbewerb, der da ja eigentlich herrschen soll, existiert im

Grunde gar nicht?

Hartmann: Nein, im Grunde gibt es keinen Wettbewerb, weil diejenigen, die schon bevor die Exzellenzinitiative gestartet worden ist, deutliche Wettbewerbsvorteile hatten, vor allem durch enge Verbindungen zu Max-Planck-Instituten, durch das Renommee der jeweiligen Uni, die Tradition - also München, Berlin, Heidelberg, Aachen und so -, die haben durch die Exzellenzinitiative finanziell, indem sie halt mehr Drittmittel bekommen haben, wie auch symbolisch, das ist ja auch ein symbolischer Wert, wenn man sich als Elite- oder Exzellenzuni bezeichnen kann, die haben alle dazugewonnen und die Exzellenzstrategie wird das ja noch mal verstärken.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)